

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Emmegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönjahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radenornwald, Brederfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beitz, Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 277

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halver

Donnerstag, den 26. November

Erscheint: wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschichte im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“

1931

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Die Reichsbahn schafft Arbeit

Im Dienst der Wirtschaftsbelebung.

Die Verwendung der Reichsbahnleihe.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft tagte in Berlin. Seiner Beschlussfassung, wie von der Reichsbahn-Gesellschaft mitgeteilt wird, unterlag die Verwendung der steuerfreien Reichsbahn-Anleihe 1931. Der Ertrag der Anleihe wird entsprechend den Abmachungen mit der Reichsregierung für zusätzliche Aufträge der Reichsbahn verwendet, um zur Linderung der Arbeitsnot nach Kräften beizutragen.

Die Aufträge im Werte von 250 Millionen Mark sollen unter Berücksichtigung des Bedürfnisses der Reichsbahn möglichst den notleidenden Wirtschaftszweigen und Notgebieten im Reich zugute kommen. Bei der Vergabe wird auch darauf geachtet, daß Handwerk und Kleinindustrie besondere Berücksichtigung finden.

Um diese Hilfe der deutschen Wirtschaft gewähren zu können, hat der Verwaltungsrat seine Bedenken gegen

sofortige Herausgabe der Aufträge

zurückgestellt, obwohl die Einzahlungsstermine für die Anleihe bis zum August 1932 laufen.

Die Reichsbahn verwendet die 250 Millionen Mark für (Beträge in Millionen Mark): Oberbau 80, Neubauten (darunter die Elektrifizierung der Berliner Wannseebahn) 59, bauliche Anlagen (darunter Sicherungsanlagen und Brücken) 60, neue Fahrzeuge 35, Fahrzeugverbesserung 12 und maschinelle Anlagen 4. Die Reichsbahnaufträge

verteilen sich auf die Wirtschaft

folgendermaßen: Eisen- und Stahlindustrie 51,5, Maschinen- und Fahrzeugbau 59, Industrie der Steine und Erden 16,5, Baugewerbe 94,5 (davon Hochbau 25,5 und Tiefbau 69), Elektroindustrie 5,3, Holzgewerbe 8,1, Kunst- und Abfall-Industrie 0,1 und zusätzliche Lohnaufwendungen für Oberbaueinbau und Werftstättenarbeiter 15.

Preislenkung durch Tarifiermächtigungen.

Der Einnahmenrückgang bei der Reichsbahn.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft beschäftigte sich mit der laufenden Einnahmestaltung bei der Reichsbahn. Von Jahresanfang bis

Ende Oktober wurden gegenüber dem gleichen Zeitraum in 1930 rund 638 Millionen Mark oder 16,5 Prozent weniger eingenommen. Mit dem Jahre 1929 in Vergleich gesetzt, beläuft sich die Mindereinnahme in 1931 auf 1,3 Milliarden Mark oder 28,1 Prozent. Mit diesen Verlusten können die Ersparnisse bei den Personal- sowie Sachausgaben nicht Schritt halten.

Trotz dieser überaus ernsten Finanzlage hat die Reichsbahn, wie in den Vorjahren, so auch im laufenden Jahre eine große Zahl von Einzeltarifiermächtigungen zugunsten der Wirtschaft gewährt, die besonderer Notlage Rechnung trugen und die Preislenkung fördern sollten. Weitere Tarifiermächtigungen für bestimmte Sondergebiete sind entsprechend dem Wunsche der Reichsregierung in Aussicht genommen.

Als notwendige Ergänzung der Kraftverkehrsordnung betrachtet der Verwaltungsrat die seit langem von der Reichsbahn erstrebte

Neuordnung im Expeditionswesen.

Er gab in diesem Zusammenhang seine Zustimmung zu einer Regelung dahin, daß neben dem Vertrag mit der Deutschen Bahnspedition auch besondere Abmachungen mit den Auftragspediteuren getroffen werden.

Fahrtverbilligung für Berufsreisende.

Die Reichsbahn führt Bezirks- und Negarten ein.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn hat die Einführung der Bezirks- und Negarten vom 1. Januar ab beschlossen. Damit ist man den Wünschen der Berufsreisenden nachgekommen, die eine Verbilligung ihrer zahlreichen Reisen schon lange gefordert haben. Das ganze Liniennetz der Reichsbahn ist in 16 Abschnitte, die sich überschneiden, eingeteilt. Jedes Netz umfaßt ungefähr 6000 Quadratkilometer. Eine Negarte, die für alle Schnellzüge Gültigkeit hat, kostet in der 2. Klasse 130 Mark, in der 3. Wagenklasse 100 Mark. Bei der zweiten Negarte ermäßigt sich der Preis um 50, bei der dritten um 20 Prozent. Die Bezirkskarten, die für bestimmte Linienbezirke (näherer Verkehr) gelten und von den einzelnen Direktionen ausgestellt werden, umfassen etwa 600 Kilometer. Sie berechtigen für Fahrten in Personen- und Gültzügen und kosten in der 2. Klasse 52 Mark und in der 3. Wagenklasse 40 Mark. Für Ostpreußen kostet die Negarte 40 Mark.

Schnelle Justiz

Schärfer zupacken!

Richtlinien für die Strafbehörden zu den Standalprozessen.

Die Zunahme der Stände auf dem wirtschaftlichen Gebiet haben in der Öffentlichkeit längst das Gefühl entstehen lassen, daß die strafrechtliche Behandlung dieser Fälle nicht der Schwere und den ungeheuren wirtschaftlichen Schädigungen der Allgemeinheit entspricht. Offenbar unter dem Eindruck dieser Stimmung der Öffentlichkeit hat nun der preussische Justizminister den Strafbehörden besondere Richtlinien gegeben, wie künftig die großen wirtschaftlichen Verfehlungen von den Strafbehörden behandelt werden sollen. Überraschungen bringen diese Richtlinien allerdings nicht, es sind Selbstverständlichkeiten.

Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, bejagen die Richtlinien in der Hauptsache folgendes: Vor allem ist eine rasche und unaufschiebbare Verfolgung dieser Straftaten notwendig. Nur wenn die Strafe der Schwere der Verfehlung entspricht und wenn sie der Tat in kurzer Frist folge, bilde sie ein wirksames Mittel der Abwehr. Geboten sei vor allem zielbewußte und rasche Aufklärung der Hauptpunkte

des Verfahrens. Alle zur Sicherung der Verfolgung zu-

lässigen Maßnahmen sind ungehemmt und ohne Ansehung der Person zu ergreifen, namentlich ist auch rechtzeitig zu prüfen, ob die Bedeutung und die Umstände des Einzelfalles eine Verhaftung gebieten. In der Hauptverhandlung hätten die Vertreter der Anklage das

Staatsinteresse und das Gemeinwohl in den Vordergrund

zu stellen. Bedingte Aussetzung der Strafe werde bei solchen Straftaten nur ausnahmsweise gewährt werden dürfen.

Die Staatsanwaltschaft habe die Gewähr dafür zu übernehmen, daß schnelle Untersuchungsbehandlungen jederzeit ohne Verzögerung in Angriff genommen werden können. Die Belämpfung wirtschaftlicher Straftaten sei besonderen Sachbearbeitern zu übertragen. Der preussische Justizminister macht die Generalstaatsanwälte und Oberstaatsanwälte in vollem Umfange dafür verantwortlich, daß die Staatsanwaltschaften der hervorgehobenen Gesichtspunkte überall Rechnung tragen. Er ersucht ferner, bei der

Auswahl der Untersuchungsrichter

dafür Sorge zu tragen, daß die Bearbeitung der Strafsachen von größerer Bedeutung in die Hände von Richtern gelegt werden, die den besonderen Anforderungen in vollem Umfange gewachsen sind.

Kurze politische Nachrichten.

Amlich wird mitgeteilt: „Die Verordnung des Reichspräsidenten gibt den Schuldnern aufgewerteter Hypotheken die Möglichkeit, den Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist auch dann zu stellen, wenn sie die ursprüngliche Antragsfrist versäumt haben oder wenn ein früher gestellter Zahlungsfristantrag zurückgewiesen oder zurückgenommen ist. Die Nachholung und Erneuerung des Zahlungsfristantrages müssen aber bis zum Ablauf des 30. November dieses Jahres erfolgen. Anträge, die nach diesem Tage bei der zuständigen Aufwertungsstelle eingehen, können nicht mehr berücksichtigt werden. Aufwertungsstelle ist das Amtsgericht.“

In dem veröffentlichten Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung ist die Ziffer über die Überhöhung gegenüber dem Vorjahr irrtümlich mit 640 000 angegeben worden. Diese Ziffer wird von zuständiger Stelle heute berichtigt. In Wirklichkeit beträgt der Unterschied gegenüber dem Vorjahr 1 360 000, eine Ziffer, die

ungefähr der Entwicklung im Verlauf des Sommers entspricht.

Der Reichsbankausweis vom 23. November weist eine normale Entlastung aus. Der Notenumlauf ist um 176 Millionen auf 4277 Millionen Mark zurückgegangen. Einem Rückgang des Goldbestandes um 29 Millionen steht eine Steigerung der deckungsfähigen Devisen von 15 Millionen gegenüber. So daß die Deckungsbeträge weiter um 14 Millionen zurückgegangen sind. Die Deckung der Noten durch Gold und Devisen stieg von 26,7 Prozent auf 27,5 Prozent.

Sir Walter Layton ist nunmehr endgültig zum Mitglied des Sonderausschusses bei der W. J. Z. ernannt worden, der über Deutschlands Zahlungslosigkeit ein Gutachten erstatten soll. Layton ist bekanntlich das führende Mitglied des Wiggins-Ausschusses, der im August das bekannte Baseler Sachverständigengutachten erstattete, das in seinen wesentlichen Grundzügen auf Ideen Laytons aufbaut.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Preussische Landtag nahm mit 184 Stimmen der Rechtsparteien den auf einen Antrag der Deutschen Fraktion zurückgehenden Antrag seines Hauptausschusses an, die Reichsregierung zu ersuchen, daß die Revision des Young-Planes mit dem Ziele der völligen Einstellung jeglicher Tributzahlungen umgeändert in Angriff genommen werde. Von den Linksparteien wurden 92 Enthaltungen abgegeben.

* Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft gibt sein Arbeitsbeschaffungsprogramm in Höhe von 250 Millionen Mark bekannt.

* Zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und Gendarmen kam es in Freital (Sachsen), wobei sieben Personen getötet wurden.

Die Gewerkschaften gegen Brüning.

Tagung des Bundesausschusses des ADGB.

Der Bundesausschuß des ADGB. trat am Mittwoch im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner zweiten Tagung zusammen, um zu der Erklärung des Reichskanzlers vom Montag Stellung zu nehmen. Das Ergebnis der Besprechung wurde in einer Entschließung zusammengefaßt, in der es u. a. heißt: „Die Gewerkschaften haben von jeher den künftlichen Preisauftrieb durch Hochschußzölle, Kartelle und ähnliche Mittel bekämpft. Der Abbau solcher künstlich überhöhten Preise kann und muß ohne Lohnsenkung erzwungen werden. Die Gewerkschaften bekämpfen aber gleichzeitig den Gedanken einer allgemeinen künftlichen Preislenkung durch währungspolitische Mittel oder zwangsweisen Lohnabbau. Der rückwärtslose Lohnabbau seit mehr als Jahresfrist hat die deutsche Wirtschaft immer tiefer in das Krisenland geführt, ebenso das dauernde Gerede von der weiter notwendigen Preislenkung. Es ist höchste Zeit, auf diesem Wege umzukehren. Der Bundesausschuß erhebt entschiedensten Protest gegen die offenkundige Absicht der Reichsregierung, die Kaufkraft der breiten Massen noch weiter zu schwächen. Er protestiert mit derselben Entschiedenheit gegen alle Absichten, an den rechtlichen Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechtes zu rütteln oder im Wege der Notverordnung in die Tarifverträge einzugreifen.“

Die Osthilfe und die Kreditnot.

Die Interessen von Handel und Gewerbe.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurden die Beratungen über die Osthilfenotverordnung fortgesetzt. Im Verlaufe der Aussprache nahm Reichsminister Schlang gegen die Ansicht Stellung, daß die Notverordnung den Kredit des Ostens untergrabe und, auf weite Sicht gesehen, die Kreditnot nur vergrößere. Dieser Zustand der Kreditnot werde, so erklärte der Minister, im deutschen Osten so lange bestehen bleiben, als politisch keine klaren Verhältnisse geschaffen seien. Er selbst versuche, eine Linie zu finden, die auch die Interessen des Handels, des Gewerbes, der Industrie und des Bankwesens wahre. Offenbar wachse auch in diesen Kreisen das Verständnis für die Bestimmungen der Notverordnung.

Nach weiterer Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, die die Regierung ersucht, bei Durchführung der Notverordnung u. a. folgende Grundsätze zu beachten:

Die Geltung der Notverordnung ist mit Ende Oktober nächsten Jahres zu beenden. Es ist sicherzustellen, daß Pfand- und Sicherungsrechte nach Ablauf der Notverordnung automatisch wieder aufleben. Die Verwertung verpfändeter und zur Sicherung übereigneter Gegenstände ist nur dort zu verhindern, wo dies ohne Erschütterung der Vertrags- und Rechtssicherheit möglich ist. Die Interessen der in ihrem Bestand bedrohten landwirtschaftlichen Genossenschaften sind bei den aus der Notverordnung sich ergebenden Verfahren weitgehend zu berücksichtigen.

Die schwierige Regierungsbildung in Hessen.

Die Stellungnahme von Zentrum und Nationalsozialisten.

Die politische Lage in Hessen, wo nach den letzten Landtagswahlen das Zustandekommen einer handlungsfähigen Regierung von dem Verhalten der Nationalsozialisten und des Zentrums zueinander abhängt, ist noch ungeklärt, da vorläufig die Parteien sich noch abwartend verhalten. Das Zentrum betont, daß die stärkste Partei die Initiative ergreifen müsse. Die Sozialdemokratie rechnet mit einem Verbleiben der bisherigen Regierung als geschäftsführendes Kabinett. Die Nationalsozialisten sind sich über ihre Taktik noch nicht einig geworden, es wird aber wohl sehr bald zu Entscheidungen kommen.

In diesem Zusammenhang ist ein im Völkischen Beobachter erschienener Artikel nicht uninteressant, in dem Dr. Fried u. a. schreibt: Bisher habe das Zentrum noch nicht zu erkennen gegeben, daß es zu einer ehrlichen Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten bereit sei. Das Zentrum verlange von den Nationalsozialisten grundsätzliche Änderung ihrer Überzeugung, wenn sie für das Zentrum koalitionsfähig werden wollten. Darauf könne das Zentrum lange warten. Nicht an den Nationalsozialisten sei es, sich zu ändern, sondern am Zentrum. Es sei jetzt fünf Minuten vor zwölf. Es sei noch Zeit, daß sich das Zentrum eines Besseren besinne. In einigen Wochen und Monaten sei es zu spät.

Ringsum Krise.

Politische Prophezeiungen von sich zu geben ist heute eine recht unangenehme Sache. Sie treffen nämlich im allgemeinen noch weniger zu als wirtschaftspolitische Vorhersagen. In der Regel kommt es anders, als wie prophezeit wurde — meistens allerdings nicht besser! Und wenn jetzt ein früherer langjähriger Reichsminister in vertrautem Kreise die Meinungen von Wirtschaftlern wiedergab, im nächsten Frühjahr werde eine Reichskrise eintreten, weil man sich dann einem riesigen Milliardendefizit gegenübersehen würde, so mag er möglicherweise in beidem recht behalten. Nur werden wir auf den Eintritt dieser Krise nicht erst zu warten brauchen, weil wir ja in beidem lange drin stecken, in der Krise ebenso wie im Defizit. Es kommt nur darauf an, was man unter „Krise“ versteht!

Aber das braucht man ja wohl kaum zu erläutern. Vielleicht sieht der eine diesen, der andere jenen Teil der Krise stärker oder will nur ihn sehen. Häufig allerdings will man diesen oder jenen Teil der Krise überhaupt nicht einmal sehen, versagt ihm sozusagen die Anerkennung oder glaubt zum mindesten, um ihn herum kommen zu können. Aber solch ein Versuch des Sichherumdrehens um die Lösung all der zahllosen „Fragen“ — Kostenföpfung, Löhne und Preise, Steuer- und Zollprobleme, Preisbindungen und Tarifentscheidungen, Außen-, Innen- und Wirtschafts- und Sozialpolitik — muß ebenso erfolglos bleiben wie der andere Versuch, diesen Krisenkreis durch einen Gewaltangriff an einem einzigen Punkte sprengen zu wollen. Der Wirtschaftsbeirat hätte ein leichtes Tages gebabt, wenn er nur den Weg zu solchen isolierten Versuchen gezeigt hätte. Ebenso hätte der Reichskanzler, wenn er sich darauf beschränken könnte, ein leichteres Regieren, als ihm dies das Vorhandensein einer ringsum umgebenden Krise gestattet. Dabei läuft er natürlich selbst immer Gefahr, in diesem Kreise durch einen Mißstoß bei derartigen vergeblichen Versuchen eines Tages mit seinem ganzen Kabinett über den Haufen gerissen zu werden. Ist doch auch seine politisch-parlamentarische Lage überaus trübenhüch! Denn die Sozialdemokratie als zurzeit größte und für das Schicksal Brünings im Reichstag entscheidende Partei läßt nicht locker, sondern will die politischen Früchte ihrer „Tolerierung“ politisch in die Scheuer bringen. Und dieses Verlangen ist eine ultimative Ablehnung des Preisabbaus nur oder hauptsächlich durch Lohnsenkung. In direkter Verbindung mit den ihr nahestehenden Gewerkschaften und unter stillschweigender oder ausdrücklicher Billigung sonstiger großer organisierter Teile der Arbeitnehmererschaft erklärt sie dem Reichskanzler immer wieder, eine Senkung der Reallohne, also ein Abbau des Arbeitsentgeltes ohne gleichzeitig entsprechend große Preisföpfung, nicht dulden zu wollen. Die Sozialdemokratie ist also an sich nicht grundsätzlich gegen eine Kostenföpfung auch mittels durch Lohnabbau; aber sie hat wiederholt und ganz unzweideutig auf die „politischen Folgen“ hingewiesen, die eintreten müßten, wenn eben nicht gleichzeitig mit einem Lohnabbau auch eine entsprechende Preisföpfung für die Konsumentenmassen erreicht werde. Unter jene „politischen Folgen“ wäre naturgemäß nur der Wechsel der sozialdemokratischen Reichsagsstrafion, den Reichskanzler und sein Kabinett nicht mehr zu „tolerieren“. Dann wäre es mit der geringen parlamentarischen Mehrheit Brünings im Reichstage vorbei und er müßte daraus nun auch die verfassungsmäßigen Folgen ziehen.

„Krise ringsum“ — dafür waren ja die Ergebnisse der Hesses wahlen ein drastischer Ausdruck. Parlamentarische Schwierigkeiten sind trotzdem noch vorhanden, weil klare Mehrheiten auch für den Hessischen Landtag nicht erzielt werden konnten. Das Zentrum in der Mitte zwischen Nationalsozialisten einerseits und Sozialdemokraten und Kommunisten andererseits scheint aber aus der durch die Wahl gegebenen Lage nun auch die „politische Folgerung“ ziehen zu wollen: die Nationalsozialisten sind die stärkste Partei; also sollen sie sich einmal an das Geschäft der Regierungsbildung machen. Ein Erfolg wäre diesem Versuche aber nur dann beschieden, wenn sich das Zentrum mit den bisher von ihm unbedingt bekämpften Anhängern Hitlers auf ein Regierungsprogramm einigen würde. Das geschähe zum erstenmal in Deutschland, wäre — wenn auch nur in einem Landesparlament — eine Änderung in der bisherigen Haltung des Zentrums, wäre die Annahme einer politischen Entwicklung, die aber nun wieder gegenüber der sozialdemokratischen „Tolerierungs“politik im Reiche vielleicht nicht ohne trübenhafte Rückwirkung bleiben würde. Allerdings ist man in Hessen vorläufig erst parlamentarisch „grundsätzlich“ zu dieser Haltung gegenüber den Ergebnissen der letzten Wahl bereit. Nun muß erst noch die Praxis sprechen, nachdem es ja schon vor einiger Zeit zu langen theoretischen Auseinandersetzungen „zwischen Brüning und Hitler“ gekommen war, die aber ergebnislos verlaufen sind. Es bleibt also noch wie vor dabei: Krise ringsum.

Eine Erklärung Dr. Geylers.

In der Öffentlichkeit wird ein Bericht über eine Rede des früheren Reichswehrministers Geyler verbreitet, wonach dieser in einem Vortrag in Leipzig vor dem Verein Deutscher Studenten erklärt habe, die Krise des Reiches werde voraussichtlich im Frühjahr 1932 eintreten, denn dann werde der Finanzminister sich einem 5-Milliarden-Defizit gegenübersehen. Reichswehrminister Dr. Geyler läßt hierzu feststellen, daß dieser Bericht gänzlich entstellt ist. Er habe in einem streng vertraulichen Kreise über die Frage der Reichsreform gesprochen. Hierbei habe er darauf hingewiesen, daß diese Frage voraussichtlich im Frühjahr von der finanziellen Seite her aufgerollt werde. In privaten Kreisen schäme man das Defizit, das dann in den Haushalten eintreten werde auf 5 Milliarden Mark. Diese Ziffer sei jedoch keineswegs authentisch. Sie beruhe lediglich auf privaten Schätzungen der Wirtschaft. Er habe also ausdrücklich hervorgehoben, daß er sich mit diesen Schätzungen nicht identifiziere.

Rußland von zwei Seiten.

Deutschlands russischer Trumpf.

Unser Verhältnis zu Rußland wird immer stärker in den Vordergrund unserer außenpolitischen Sorgen rücken. Es wird deshalb gut sein, sich intensiver als bisher damit zu beschäftigen, um zu einer klaren und den deutschen Interessen dienenden Stellungnahme zu kommen.

Rußland kann von zwei Seiten angesehen werden. Denkt man rein wirtschaftlich, so steht natürlich das dort herrschende Wirtschaftssystem, also der Bolschewismus, im Vordergrund. Wir haben uns ständig dagegen zu wehren, daß er nicht auf unser Land übergreift. Sein Sendbote ist die kommunistische Partei, die sich

in völliger Abhängigkeit von Moskau befindet und bei uns nicht nur die marxistischen, sondern auch die außenpolitischen Geschäfte des roten Kreml besorgt. Man ist sich in Rußland über die Bedeutung dieses vorgeschobenen Postens im Kraftzentrum Mitteleuropas durchaus klar. Die Gefahr, die wir in der kommunistischen Partei sehen, beschränkt sich nicht allein auf den von ihr propagierten innenwirtschaftlichen und innenstaatlichen Umsturz, sondern auch auf die Dienste, die von ihr in unserem eigenen Hause von eigenen Volksgenossen für eine fremde Macht geleistet werden. Die Methoden, die der Kommunismus in seinem Kampf gegen die bestehende Ordnung anwendet, tragen durchaus russisches Gepräge. Da wir aber weder die Absicht haben, uns das gefallen zu lassen, was sich der russische Muschel schon seit einem Jahrzehnt gefallen lassen muß, da wir weiter nach unserem eigenen Willen leben, unseren Staat und unsere Wirtschaft entsprechend gestalten wollen, ist und bleibt die Überwindung des Kommunismus eine innenpolitische Notwendigkeit erster Ordnung. Darüber dürfte kein Zweifel bestehen.

Unser Verhältnis zur Sowjetunion hat aber auch eine rein außenpolitische Seite, und wir dürfen uns bei der Betrachtung rein weltpolitischer Konstellationen, in die wir so oder so einbezogen sind, den Blick durch die oben gekennzeichneten staatlichen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die uns der Kommunismus als internationale Erscheinung macht, nicht trüben lassen. Wir dürfen uns den russischen Trumpf nicht aus der Hand schlagen lassen. Ständen wir doch schon einmal vor der Gefahr absoluter Isolierung, als die Verhandlungen Frankreichs mit Rußland über einen Befriedungspakt bekannt wurden. Die Warnung war deutlich genug.

Es ist keine Frage, daß wir gegenüber Rußland in einer außerordentlich verwickelten Situation stehen, weil wir von der Sowjetpropaganda innenstaatlich am meisten gefährdet sind. Für die Entscheidung in diesem Zwiespalt kann aber nur unser Wille zur Freiheit eine Rolle spielen. Solange uns Westeuropa unter Versailles hält, ist der Graben, der uns von ihm trennt, tiefer und breiter als der zwischen uns und dem Osten. Kame es zu einem Weltkonflikt, so befänden wir uns bei der vorhandenen Machtlosigkeit zweifellos in einer sehr üblen Lage. Was wir tun, wird dann um so mehr von dem Mut zu äußersten Konsequenzen abhängen. Wollen wir in ein Vasallenverhältnis zu Frankreich geraten oder mit russischer Rückendeckung die Bewegungsfreiheit wieder gewinnen, die wir brauchen, um als Nation überhaupt weiter existieren zu können? Rußland ist noch lange nicht fertig, und der Bolschewismus, wie er sich heute präsentiert, ist nicht das Endprodukt seiner staatlichen Entwicklung. Ob er sich von innen heraus wandelt oder von außen gestürzt wird, das ist eine Angelegenheit, die Rußland allein angeht. Wir haben stets mit der Macht zu rechnen, die die russische Nation darstellt, und diese Nation wird bleiben. Unser Verhältnis zu ihr darf auch in den revolutionären Wirren, die das östliche Riesenreich durchzuden, nicht von neuem getrübt werden. Sonst versetzen wir uns selbst einen schweren, nicht wiedergutzumachenden Schlag.

Die Rolle der Reichsbank im neuen Wirtschaftsprogramm.

Die Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther in der Schlusssitzung des Wirtschaftsbeirats hatten folgenden Gedankengang: Von der Währung her oder mit Mitteln der Kreditpolitik kann über das hinaus, was bereits jetzt geschieht, ein Aufstoß zur Belebung der Wirtschaft nicht gegeben werden. Die Verlautbarung über die Tagung des Wirtschaftsbeirats arbeitet zutreffend die beiden Notwendigkeiten heraus, auf die es ankommt, nämlich die Schaffung der Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen und die Belebung des Vertrauens. Die Verlautbarung des Wirtschaftsbeirats betont sehr richtig, daß Reichsregierung und Reichsbank alle erforderlichen und möglichen Maßnahmen zur Stärkung des Devisenvorrats treffen müssen. Es ist ein tragisches Schicksal, daß, während sonst in tiefen Krisen der Geldzins niedrig zu sein pflegt, Deutschland aus den besonderen Voraussetzungen seiner allgemeinen Lage heraus zurzeit in der Gestaltung der Disinflation ungemein behindert und eingeeengt ist. Um so mehr wird man die anderen Absichten und Empfehlungen des Wirtschaftsbeirats verwirklichen müssen, die z. B. von der Seite der Habenzinsen und der Verringerung der Zinsspannen auf Verbilligung der Zinssätze hinführen.

Richtige Kreditpolitik der Notenbank ist, so schwer zu entscheiden manche Einzelfragen sind, in den Grundzügen eine durchaus klare und besonders auch nützliche Angelegenheit. Gegenüber illusorischen Währungsprojekten, die das erworbene Wissen und die deutlichen Erfahrungen der Menschheit in Währungsfragen vernachlässigen, die aber trotzdem immer wieder an die Reichsregierung und die Reichsbank herangebracht werden, wird die klare Einsicht und Stellungnahme des Wirtschaftsbeirats von größter Bedeutung sein. Eine Beendigung des deflationistischen Geschehens in der Welt würde neben den notwendigen außenpolitischen Entscheidungen den entscheidenden Anstoß zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise geben. Zu solcher nur auf internationaler Grundlage möglichen „Antideflation“ kann Deutschland nur wenig beitragen. Für Deutschland kommt es vielmehr darauf an, innerhalb der Krise nicht an den Voraussetzungen seiner internationalen Wirtschaftsarbeit Not zu leiden. Es sind noch wichtige Teile unseres Wirtschaftslebens vorhanden, die von der Kostenföpfung nicht hinreichend ergriffen sind. Darüber hinaus aber steht Deutschland seit dem 20. September, dem Tage der Pfundentwertung, vor einem besonderen Problem, dem noch in keiner Weise ausreichend, zum Teil überhaupt noch nicht Rechnung getragen ist. Daß Reichsregierung und Reichsbank sich am 20. September nicht entschlossen, auch die deutsche Reichsmark gleich zu lassen, war im eigentlichen Sinne gar keine Entschliekung, sondern nur der Ausdruck einer durch die Verschuldungslage Deutschlands wie durch die Inflationserfahrung des deutschen Volkes notwendig gegebenen Schlussfolgerung. Aber ebenso notwendig ist die weitere Schlussfolgerung, daß das, was England durch die Pfundentwertung von der Geldseite her getan hat und worin andere Länder ihm gefolgt sind, in Deutschland von der Preis- und Lohnseite her getan werden muß. Dieser allgemeine Senkungsvorgang, dessen Ziel eine Herabsetzung des gesamten Preisniveaus in Deutschland ist, der infolgedessen ebenso wohl an den Preisen wie an den Gehältern und Löhnen

vollzogen werden muß, wird, wenn er in hinreichender Breite und mit allem Nachdruck durchgeführt wird, sich nicht als Herabminderung der inneren Kaufkraft auswirken. Je fester die insgesamt jetzt noch notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, desto sicherer werden unnötige Leiden der Bevölkerung vermieden werden. Daß, soweit dies in unserer Lage möglich ist, das sozial Erforderliche nicht vernachlässigt wird und daß bewährte Einrichtungen und Organisationen nicht preisgegeben werden, entspricht sicher den Absichten der Reichsregierung. Von entscheidender Bedeutung, und zwar auch gerade unter den Gesichtspunkten der Währung, aber ist, daß jetzt umfassend und durchgreifend gehandelt wird.

28000 Todesopfer in einem Jahre durch Unfall.

Allein 9600 tödliche Verkehrsunfälle.

Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen und Belehrungen in Wort, Schrift und Bild kommen Tag für Tag viele Menschen im Beruf und im Verkehrsgetriebe, im Haushalt, beim Sport usw. ums Leben. Aus der neuen Denkschrift des Reichsinnenministeriums über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes geht hervor, daß im Jahre 1929 rund 27 700 Personen tödlich verunglückt sind, auf den Tag umgerechnet also nicht weniger als 76. 9600 Todesfälle, also mehr als ein Drittel, sind auf Verkehrsunfälle zurückzuführen, und zwar im einzelnen 3770 auf Kraftwagen, 2090 auf Krafttrader, 2600 auf andere Fahrzeuge und 1140 auf die Eisenbahn. Im Vergleich zum vorangegangenen Jahr hat sich damit die Zahl der tödlichen Verkehrsunfälle um mehr als 800 erhöht. Ferner kamen allein 5641 Personen durch Stürze und durch Lawinen und 3650 durch Ertrinken ums Leben. Durch Verbrennen, Verbrühungen und Ärgungen entstanden rund 1800, durch Einsturz und Explosion 1135, durch Leuchtgasvergiftungen 665 und durch sonstige Gasvergiftungen wie durch Erstickten 813 Todesfälle. Die Unfallverhütungsmassnahmen und -vorschriften erstreckten sich mit besonderem Erfolg auf die Arbeiter an Maschinen und Anlagen mit elektrischem Strom. Hier sind im Verhältnis zu 1928 die tödlichen Unfälle von 505 auf 449 bzw. von 441 auf 408 zurückgegangen. Nach den vorläufigen Berechnungen für 1930 ist bei den Unglücksfällen mit tödlichem Ausgang erfreulicherweise ein gewisser Rückgang zu verzeichnen, der nach den Ausweisen der Großstädte auch im ersten Halbjahr 1931 angehalten hat. Man hat beobachtet, daß einige Zeit nach der im ganzen Reich durchgeführten Unfallverhütungswoche die Unglücksfälle auffallend abgenommen haben, dann aber doch langsam wieder angestiegen sind. In den maßgebenden Kreisen wird daher erwogen, diese Art belehrender Auffklärung über die Gefahrenquellen in Beruf und Verkehr zu wiederholen, vielleicht sogar in regelmäßigen Abständen. Man hofft, die finanziellen Schwierigkeiten, die diesem Plan zurzeit im Wege stehen, durch verständnisvolles Entgegenkommen der Arbeitgeber zu beheben.

Arbeitsmarktbericht.

Das Landesarbeitsamt Westfalen berichtet über die Lage auf dem westfälisch-lippischen Arbeitsmarkt für die Zeit vom 1. bis 15. November 1931:

In der ersten Hälfte des Monats November stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Landesarbeitsamtsbezirk Westfalen um 2812 oder 1,2% auf 237 622. Davon entfallen 104 991 (Zugang 2173) auf die Arbeitslosenversicherung und 132 701 (Zugang 639) auf die Krisenfürsorge. Der Gesamtzugang ist erheblich geringer als in der zweiten Oktoberhälfte (rd. 7000). Demgegenüber ist die Zahl der Arbeitsuchenden wieder stärker gestiegen; sie erhöhte sich um 12 448 gegenüber rd. 8400 am letzten Stichtag. Zur Zeit sind 441 082 Arbeitsuchende in Westfalen vorhanden. Die Zahl der Wohlfahrtsdienstleistungen betrug nach dem Stande vom 31. Oktober d. J. 133 036, was einer Zunahme von 14 448 seit Ende September entspricht.

Die Arbeitsmarktlage der vorwiegend konjunkturabhängigen Berufe verschlechterte sich weiter, wenngleich festgestellt werden kann, daß in einzelnen Industriezweigen der Beschäftigungsgrad nicht mehr so erheblich wie bisher abgesunken ist, und die Einschränkungsmaßnahmen wenigstens im Augenblick zum Stillstand gelangten. Das ist z. B. im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau der Fall, der in den letzten beiden Wochen keine wesentlichen Entlassungen vorgenommen hat. Die Belegschaft hat hier indessen bereits Ende Oktober den außerordentlich tiefen Stand von rd. 228 000 erreicht, was einem Abbau von 156 000 Mann seit Januar 1930 entspricht. Die Zahl der Feierschichten ist z. Bt. etwas zurückgegangen. Sie betrug indessen im letzten Monat immer noch ca. 26 000 arbeitstäglich. Innerhalb der metallverarbeitenden Industrie erfuhren diejenigen Zweige eine leichte Besserung, die am Weihnachtsgeschäft Anteil haben: Haushaltungsgegenstände, Sport- und Dekorationsartikel, Aluminium- und Emaillewaren. Im übrigen nahmen die Entlassungen ihren Fortgang, so daß die Zahl der arbeitssuchenden Metallfacharbeiter nunmehr auf rd. 75 000 gestiegen ist, zu denen noch ca. 18 000 Hilfsarbeiter hinzugezählt werden müssen, wenn die Arbeitslosigkeit in der metallverarbeitenden Industrie in vollem Umfang zum Ausdruck kommen soll.

Versärfend wirkt ferner das Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den Saisonarbeiten. Die Beschäftigungsperiode war in diesem Sommer ungewöhnlich kurz. Bereits Ende Juli begann die Zahl der Arbeitslosen in den einschlägigen Berufsgruppen wieder zu steigen. Sie hat sich inzwischen in der Industrie der Steine und Erden um 4300 oder 42%, im Baugewerbe um 11 200 oder 23% und in der Landwirtschaft um 2200 oder 45% erhöht.

Die Konsumgüterindustrie zeigt mit Ausnahme des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes und einzelner Zweige der Textilindustrie (Baumwollindustrie des Münsterlandes) keine Belebung. Die geringfügige Entlastung im Bekleidungsgewerbe ist bereits wieder beendet und hat steigender Arbeitslosigkeit Platz gemacht. Der bisher recht günstige Beschäftigungsgrad in der Webfabrikation scheint ebenfalls den Höhepunkt überschritten zu haben.

Die Einrichtung des freiwilligen Arbeitsdienstes hat in Westfalen Anklang gefunden. Die Meldungen zu diesen Arbeiten laufen in solcher Zahl ein, daß die eingeleiteten Maßnahmen nicht ausreichen, um der Zahl der Dienstwilligen Beschäftigung zu bieten. Zur Zeit sind 46 Maßnahmen genehmigt und größtenteils bereits in Angriff genommen, bei ihnen können rd. 2000 Arbeitsdienstwillige beschäftigt werden. Von diesen Maßnahmen entfallen 12 mit 336 Dienstwilligen auf Bodenverbesser-

attade wurden die chinesischen Truppen nach Eden abgedrängt. Japanische Kavallerie hat ihre Verfolgung aufgenommen.

Frankreichs Abwehrmaßnahmen.

Die Einführung einer Einfuhrsteuer von 15 Prozent für Waren aus Ländern mit niedriger Valuta kann als erste Maßnahme gegen die englische Schutzpolitik angesehen werden. Ein weiterer Gesetzesvorschlag, der eine allgemeine Erhöhung der Einfuhrsteuer auf Halbfertig- und Fertigwaren vorsieht, wird bereits in den nächsten Tagen der Kammer zur Annahme unterbreitet. Für die französische Industrie sollen ebenfalls umfangreiche Schutzmaßnahmen getroffen werden.

Lokales und Provinzielles

Halver, den 26. November 1931.

Behütet Adventsfränze vor Brandgefahr!

Der Vorbereitung zu Weihnachten dient die Adventszeit mit ihren Geheimnissen und ihrer Vorfreude. Während dieser Zeit wird in vielen Gegenden unseres Vaterlandes wieder der Adventsfranz, von lieben Händen gewunden, das Heim zieren. So schön diese Sitte ist, so viel Unglück hat sie aber schon angerichtet, wenn die brennenden Adventsfränze nicht genügend beaufsichtigt wurden.

Auf welche Weise sich solche Unglücksfälle abspielen, lehrt folgender Fall: An der großen Bronzefrone eines Zimmers hing an vier seidenen Bändern der Adventsfranz mit Kerzen befestigt. Die Frau des Hauses erwartete Besuch. Als die Gäste die Treppe hinaufstiegen, zündete sie schnell die Kerzen des Kranzes an und begab sich dann zur Korridortür, um die Besucher zu begrüßen. Diese Abwesenheit aus dem Zimmer nahm etwa fünf Minuten in Anspruch. Als man nun die Tür zum Zimmer öffnete lag der Adventsfranz mitten auf dem Tisch und brannte lichterloh. Die Sticht Flamme war so hoch, daß sie die untere Schale der Bronzefrone erfaßte. Zum Glück konnte das Feuer durch Überwerfen von Decken erstickt werden. Der Sachschaden war jedoch ziemlich erheblich.

Dies ist nur einer von vielen Fällen, wie sie sich fast täglich in der Adventszeit ereignen. Es geht aber nicht immer so glimpflich ab; gar zu oft ist niemand anwesend, der den Brand im Keime ersticken kann. Die Folge ist dann, daß das Feuer sich ausbreitet, vielleicht das ganze Anwesen in Asche legt, und daß die Weihnachtsfreude in Leid verwandelt wird.

Zur Verhütung von Brandunfällen durch Adventsfränze beachte man daher folgendes: Die Adventsfränze dürfen nicht so aufgehängt werden, daß sich durch die brennenden Kerzen Garbinen oder andere leicht feuerfängende Gegenstände entzünden; man vermeide auch das Aufhängen der Kränze an Lampen mit leicht brennbaren Lampenschirmen oder Gehängen. Die Kerzen müssen am Kranz so befestigt sein, daß sie beim Abrennen keine Zwickel oder Bänder des Kranzes selbst in Brand setzen können. Es empfiehlt sich daher, am Kranz brennende Kerzen rechtzeitig zu löschen; für alle Fälle halte man ein Gefäß mit Wasser handlich bereit.

Kleinwohnungen für kinderreiche Familien.

Vorzugsweise Berücksichtigung bei Baubeginnleistungen.

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat auf eine Anfrage über den Bau von Kleinwohnungen für kinderreiche Familien geantwortet:

Sowohl in den Reichsgrundbüchern für den Wohnungsbau vom 10. Januar 1931 wie in den preussischen Richtlinien für die Verwendung des für die Neubautätigkeit bestimmten Anteils am Hauszinssteueraufkommen wird bestimmt, daß bei der Feststellung des jährlichen Bauprogramms dem Bedarf an Wohnungen für Familien mit Kindern und für Schwerbedürftige besondere Rechnung zu tragen ist und daß Anträge kinderreicher auf Bewilligung von Hauszinssteuerhypotheken und Zinszuschüssen vorzugsweise zu berücksichtigen sind. Etwaige Beschwerden kinderreicher über die Nichtbeachtung der gegebenen diesbezüglichen Vorschriften werden mit Nachdruck verfolgt.

Den vorgesehenen Maßnahmen zugunsten der kinderreichen Familien sind jedoch Grenzen gesetzt durch die starke Kürzung der für den Wohnungsbau bestimmten Hauszinssteuermittel infolge der augenblicklichen Wirtschaft- und Finanzlage. Auf die vorzugsweise Berücksichtigung der kinderreichen Familien und der Schwerbedürftigen bei der Erstellung von Wohnungen im Rahmen des Möglichen wird auch weiterhin besonderer Wert gelegt werden.

Ein teurer „Fall“. Der defekte Stuhl im Kaffeehaus. Eine Schadensersatzklage, die besonders für Wirtin von Interesse ist, entschied das Dortmunder Landgericht. Gunsten der Gattin des Dr. Zumbusch in Cappenberg. Frau war in dem Cafe Finis, als sie sich auf einen Stuhl setzte, so unglücklich hingefallen, daß sie kleinere Verletzungen davontrug. Der Besitzer des Cafes wurde auf Schmerzensgeld und Schadensersatz verklagt. Vom Kläger wurde geltend gemacht, daß der Stuhl schadhaft und hierdurch allein der Unfall zu erklären sei. Der Beklagte hat um Abweisung der Klage, weil die Klägerin durch falsches Sehen und Verletzung der Vorsicht, den Unfall selbst herbeigeführt habe. Das Landgericht hat unter Bezugnahme auf die Stuhl schadhaft gewesen sei, die Klage dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Hieraus erwächst dem Beklagten bezw. der Versicherung eine verhältnismäßig hohe Zahlungspflicht. Bisher mußten an die Klägerin bereits über 8000 RM gezahlt werden, nachdem eine Abfindung von 20 000 RM von ihr abgelehnt worden war.

Abbau von Löhnen und Gehältern ist jetzt überall an der Tagesordnung, er spielt auch bei der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts eine bedeutende Rolle. Besonders oft hat sich dieses Gericht in letzter Zeit mit der Zahlung untertariflicher Entlohnung beschäftigen müssen. In letzter Zeit ist die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts einheitlicher geworden. Das Reichsarbeitsgericht nimmt nämlich folgenden Standpunkt ein. Wenn Arbeitnehmer eine niedrigere Entlohnung angeboten wird als die tariflich bedingte, und zwar mit der Begründung, daß sie sonst entlassen würden, wagen die Arbeitnehmer meist nicht, das Angebot auszusprechen. In den meisten Fällen unterschreiben sie bei Lohnkürzungen eine Aufstellung, in der sie diese als richtig anerkennen und zugleich beschwören, daß sie keine Forderung mehr an den Arbeitgeber hätten. In diesen Fällen nimmt das Reichsarbeitsgericht an, daß die Bescheinigungen unter wirtschaftlichem Druck ausgestellt sind und keinen rechtswirksamen Verzicht auf tarifmäßigen Anspruch bedeuten. Man muß mit dieser Einstellung des Reichsarbeitsgerichts rechnen, denn schon am 13. Juni 1931 lauteten die Urteile in einschlägigen Fällen dahingehend. Nun kann man allerdings geteilter

Aus dem Gerichtssaal.

Der Hagener Totschlagsprozeß gegen die Dortmunder G.-A.-Lente.

Widersprüchliche Zeugenaussagen.

Dritter Verhandlungstag.

— Im Hagen, 26. Nov. Im Hagener Totschlagsprozeß wurde heute die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Zu Beginn der Verhandlung beschwerte sich Rechtsanwalt Freißler über die Berichterstattung der sozialdemokratischen Volksstimme, die er als außerordentlich tendenziös bezeichnet. Es sei dort bereits unter Vorwegnahme des Ergebnisses der Verhandlung von nationalsozialistischen Mordgefallen die Rede. Der Vorsitzende ermahnte hierauf die Presse, sachlich zu bleiben. Ein Antrag des Rechtsanwalts Freißler, den Geschworenen H. wegen seiner Eigenschaft als Funktionär der R. P. D. als Befangen abzulehnen, ging nicht durch. Man trat hierauf in die Zeugenvernehmung ein und zwar erfolgte diese wie bisher in außerordentlich gründlicher Weise. Es ergab sich dann auch das selbe Bild. Die Zeugen widersprachen sich in wichtigen Punkten. Es ist ja

Meinung in dieser Hinsicht sein, denn nicht selten würden sich Entlassungen vermeiden lassen, wenn die Berechtigung der untertariflichen Zahlung anerkannt würde. Da der Standpunkt des Reichsarbeitsgerichts aber nun festgelegt zu sein scheint, muß man ihm Rechnung tragen.

Halver

Der kupferne Sonntag für den Verkauf freigegeben.

— Der „Kupferne“ freigegeben! Gestern fand in Essen eine Besprechung der Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Köln, Münster und Arnberg unter Heranziehung der Vertreter der Handelskammern des Bezirks statt. Es wurde beschlossen, den dritten Sonntag vor Weihnachten, dem Kupfernen Sonntag, für das Verkaufsgeschäft freizugeben, und zwar für die Zeit von 14 bis 19 Uhr.

— Am Mittwoch, dem 2. Dezember findet hier selbst im Sitzungssaal des Amtshauses Gerichtstag statt. Zur Förderung der Geschäfte ist es geboten, daß die zu verhandelnden Sachen vorher beim Amtsgericht in Lünen scheid angemeldet werden, damit die betr. Akten zur Stelle sind.

— 100 RM Belohnung in der Einbruchsdiebstahlsache Spindler! Wer kennt den Eigentümer der gefundenen Sachen? Nach dem Einbruchsdiebstahl in die Wohnung von Spindler in Schmalenbach b. Halver, über den wir bereits berichteten, sind am Tatort oder in dessen Nähe u. a. gefunden worden: eine Hälfte eines Brillenreits aus Rappdeckel, ein Zigarettenetui aus Zelluloid. Diese Sachen haben wahrscheinlich die Täter verloren. Die Gegenstände sind in einem Schaufenster der Firma Carl Jansen in Halver, Frankfurterstraße, ausgestellt. Wer kennt den Eigentümer dieser Sachen? Sachdienliche Angaben hierüber, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, erbittet die Ortspolizeibehörde Halver. Für Angaben, die zur Ergreifung der Täter oder Herbeischaffung der gestohlenen Gegenstände führen, ist eine Belohnung von 100 RM ausgesetzt. Die Belohnung wird unter Ausschluß des Rechtsweges an Privatpersonen verteilt.

Schalksmühle

— Bei dem Postamt Schalksmühle und der Postagentur Carthausen werden die Heeresrenten am Samstag, 28. November gezahlt.

— Für die Nothilfe stellen sich am kommenden Sonntag, 29. 11. cr. in der hiesigen Turnhalle in uneigennützigster Weise unser Männergesangsverein und der Turnverein in Verbindung mit der Feuerwehrkapelle Halver durch Veranstaltung eines gemeinsamen Konzerts zur Verfügung. Das Konzert beginnt um 4 Uhr nachmittags. Ausschank von Getränken erfolgt nicht, so daß der Besuch ohne weitere Nebenkosten vor sich gehen kann. Das Programm umfaßt über 20 Nummern und läßt jedenfalls genutzreiche Stunden erhoffen. Doch nicht nur allein des Gebotenen, sondern auch des Zweckes wegen ist der Besuch zu empfehlen. Gilt es doch heute in dieser schweren Zeit unseren Mitbürgern, die in bitterster Not geraten sind, auf jede nur erdenkliche Art zu helfen und da kann es am Sonntag nur eins geben, die Veranstalter des Konzerts mit einem Massenbesuch zu unterstützen und zu erfreuen. Beiden Teilen, den Veranstaltern ist damit eine Freude gemacht und der Nothilfe kann dann ein schöner Betrag zugeführt werden, ist damit gebietet. Dem Besucher selbst bieten sich, wie schon erwähnt, genutzreiche Stunden.

Brügge

— Am Dienstag und Mittwoch der übernächsten Woche, dem 1. und 2. Dezember nachmittags von 3—6 Uhr findet im Konfirmationsaal der 3. diesjährige Kirchensteuerhebesternin statt.

Kierspe

— Jahresfest des Jungmädchenbundes. Am Sonntag, dem 29. Nov. (1. Advent) feiert der Jungmädchenbund von Kierspe sein Jahresfest mit einer Verlosung. Der Erlös ist für die Mission und die Winterhilfe der eigenen Gemeinde bestimmt. Jedes Los kostet 50 Pfg. Die Sachen sind von Donnerstag an bei Franz Aug. Bollmann ausgestellt, auch sind dort Lose zu haben und bei den jungen Mädchen vom Verein.

— Die Märkischen Lichtspiele bringen in ihrem dieswöchentlichen Programm den größten Fremdenlegionsfilm dieses Jahres: „Flucht in die Fremdenlegion“. Eine grausig erschreckende Wahrheit von dem heutigen Stand der deutschen Jugend. Ein Mahnruf aus der afrikanischen Hölle, dem Ort der Verzweiflung. Tausende junger Männer, getrieben von Abenteuerlust oder durch ein Verbrechen, glauben in der Fremdenlegion die Erfüllung ihrer Sehnsucht oder Rettung zu finden. Welchem traurigen Schicksal und welchen Gefahren sie sich aussetzen, schildert uns in ergreifender Weise dieses Filmwerk, das mit einem ungeheuren Aufwand hergestellt worden ist. Jeder Vater, jede Mutter und jeder Sohn sollen und müssen in ihrem eigensten Interesse sehen, was unsere Söhne, unsere Brüder in dieser Hölle auf Erden erdulden müssen. Die Gelegenheit, einen solchen Film zu sehen, dürfte sobald nicht wiederkehren, weshalb man einen Besuch der diesmaligen Vorführung wahrnehmen soll. Für Kinder läuft der Film am Sonntag nachmittags um 4 Uhr zum ermäßigten Preise von 25 Pfg. Eine hübsche Abwechslung in das Programm bringt der Film „Wir halten fest und treu zusammen“. Beef und Steak, die Sträflinge Nr. 6 und 9 wollen nach ihrer Ent-

lassung aus dem Gefängnis ein neues Leben beginnen, Sie geraten in die Hände einer Diebesbande, der sie willkommene Werkzeuge sind. Der Vorstand des „Klubs“ läßt die Mitglieder sich als Kellner, und als dies nicht klappt, in der Rolle von Grafen als Heiratschwindler betätigen, wodurch selbstverständlich urchomische Situationen hervorgerufen werden. Die beiden sehen sich zuletzt derartigen Komplikationen gegenüber, daß sie zu der Einsicht kommen, daß sie sich im freien Leben nicht glücklich fühlen und freiwillig wieder das Gefängnis aufsuchen um in Ruhe und Zufriedenheit ihre Tage verleben zu können, verschont von allen Aufregungen der Freiheit und der Liebe. Ein gutes Beiprogramm fehlt ebenfalls wieder nicht.

Kierspe-Bhf.

— Auf eine 25jährige Tätigkeit im Betriebe der Firma C. A. Wirth kann am Samstag dieser Woche Fräulein Hulda Otto von hier zurückblicken. Für eine Arbeiterin bedeutet solches ein wirklich seltenes Jubiläum. Der Jubilarin unseren herzlichsten Glückwunsch.

— Unter Leitung seines 1. Vorsitzenden Herrn Friedr. Wils. Sure hielt der Haus- und Grundbesitzerverein Kierspe-Bhf. eine Mitgliederversammlung im Hotel Bastian ab, welche gut besucht war. Unter Punkt 1. der Tagesordnung (Einheitsbewertung 1931) verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Provinzialverbandes westf. Haus- und Grundbesitzervereine Hagen. Nach dieser Mitteilung gehört der hiesige Ort zum Bezirk 3 und kommen deshalb für die Berechnung des Einheitswertes folgende Umrechnungsätze in Frage: für Mietwohngrundstücke, Einfamilienhäuser, gemischte Grundstücke (1—2 Zimmerwohnungen und darüber) Fabrikgrundstücke, Lagerhäuser und Werkstattgebäude 9,5 für übrige Geschäftsgrundstücke 10. Es ist also bei der Berechnung des Einheitswertes der Mietwert des Gebäudes jeweils mit diesen Umrechnungsätzen zu vervielfachen. Seitens des Geschäftsführers Frk. Beder wurden noch einige weitere Vorschriften für die Bewertung bekannt gegeben, die besonders für den hiesigen Bezirk von besonderer Bedeutung sind. In der Aussprache war die Veranlassung der Auffassung, daß die Umrechnungsätze den Städten gegenüber zu hoch seien. Um jedes Vereinsmitglied vor zu später Einsichtnahme in die demnächst ausliegenden Bewertungslisten zu schützen, soll der Vereinsvorstand für alle Mitglieder die Einheitswerte einsehen und bekanntgeben. Auf die durch den Verein im Juli an das Landesfinanzamt eingereichten Vorschläge für die Bewertungsausschüsse hat das Landesfinanzamt bisher nicht geantwortet und soll deshalb erneut dieserhalb an der betreffenden Stelle Nachfrage gehalten werden, um eine ausreichende Vertretung in den Ausschüssen sicher zu stellen. Punkt 2 Rückzahlung gekündigter Hypotheken. Der Vorsitzende gab eine Mitteilung des Provinzialverbandes über die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten über die Zahlungsfrist in Aufwertungssachen bekannt. Hiernach können Schuldner von Aufwertungshypotheken, die für den 1. Januar 1932 gekündigt sind, bei der Aufwertungsstelle des Amtsgerichts einen Antrag auf Verlängerung der Rückzahlungsfrist stellen. Der Antrag muß aber bis spätestens 30. November 1931 eingereicht sein. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß solche Hausbesitzer, die am 26. Oktober 1931 eine niedrigere Mieteinnahme haben als am 1. Januar 1931 beim Finanzamt solches noch für die Einheitsbewertung melden können. Unter Verschiedenes entspann sich noch eine Aussprache über die Zusammenfassung der Gesamtorganisation der Haus- und Grundbesitzervereine und soll deshalb vom Provinzialverband ein Exemplar der Satzungen eingefordert werden. Die Erhöhung des Wassergeldes durch das Wasserwerk wurde bemängelt und gab Gemeindevertreter Mann hierzu entsprechende Richtigstellungen. Die von der Gemeinde vorgenommene Einführung der Kanalisationsgebühren wurde besprochen und erwartet man eine gerechte Umlage derselben. Die beabsichtigte Einführung einer Müllabfuhr in Kierspe-Bhf. wurde gutgeheißen, sofern die dadurch entstehenden Kosten für die Hausbesitzer nicht zu hoch werden. Die Gebührenberechnung der Schornsteinfeger soll vom Kreise eingefordert werden, um eine Kontrolle über dieselben zu haben. Nach Besprechung organisatorischer Fragen wurde die Versammlung geschlossen.

Meinerzhagen. Falschgeld. In letzter Zeit ist im Distrikt wiederholt Falschgeld aufgetaucht und in Verkehr gebracht worden. Es handelt sich um 5-Mark-Stücke. Von der Polizei sind mehrere Stücke beschlagnahmt worden. Ermittlungen nach den Herstellern bezw. nach den Verbreitern des Geldes sind eingeleitet. Die falschen Geldstücke sind von den echten Stücken ziemlich gut zu unterscheiden. Die Falschstücke haben eine herkömmliche Prägung und ein bleiartiges Aussehen. Die von der Polizei angehaltenen und beschlagnahmten Stücke tragen das Münzzeichen A 1928. Bei Annahme von 5-Mark-Stücken ist deshalb Vorsicht zu empfehlen.

Bredersfeld. Diebstahl. Als vor einigen Tagen eine Familie in Erchinghausen an einer Hochzeitsfeier teilnahm, wurden ihr in der Abwesenheit von Dieben, die anscheinend mit den Orts- und Familienverhältnissen sehr vertraut waren, mehrere wertvolle Raritäten gestohlen. Durch einen Polizeibeamten vermochte man die Spuren der Diebe bis Voh zu verfolgen. Hoffentlich gelingt es, die Täter zu fassen.

Ive Jierlohn. Vereinigung von Kirchengemeinden. Das Evangelische Konsistorium der Provinz Westfalen hat genehmigt, daß die evangelische oberste Stadtgemeinde Jierlohn, die evangelische Kirchengemeinde Jierlohn und die evangelisch-reformierte Kirchengemeinde Jierlohn, sämtlich

zur Kreisgemeinde Hjerlohn gehörig, zu einer Kirchengemeinde, die den Namen „Evangelische Kirchengemeinde Hjerlohn“ führt, vereinigt werden. Der Regierungspräsident zu Arnberg hat hierzu die staatliche Genehmigung erteilt. Bis zur Neubildung werden die Rechte der aufgelösten größeren Gemeindevertretung durch das Presbyterium, die Rechte des aufgelösten Presbyteriums durch einen oder mehrere vom Kreisynodalvorstande zu bestellende Bevollmächtigte ausgeübt.

Ahlen. Beim Fleischschaben tödlich verletzt. Ein hiesiger Metzgermeister war mit dem Fleischschaben beschäftigt, als ihm das Messer ausrutschte und in den Leib drang. Der Metzgermeister starb kurz darauf an Verblutung.

Münster. Bandenführer Friß ermordet. Im vorigen Monat entpurrte aus einem Zuchthaus der wegen schwerer Raubüberfälle und zahlreicher Einbrüche verurteilte Hauptling einer Räuberbande, Friß, die mehr als 5 Jahre Ostwestfalen und Lippe unsicher machte. Nun fand man ihn auf der Landstraße bei Büdweiler, in einer Blutlache liegend, erschlagen auf. Mit einem Beil war ihm der Kopf zerhackt. Wer der Täter ist und was ihn zu dieser furchterlichen Tat gegen den völlig mittellosen Zuchthäusler trieb, konnte noch nicht festgestellt werden.

Bielefeld. Schiedsspruch in der Textilindustrie. Im Lohnstreit der Textilindustrie für das Münsterland, für Gütersloh, Bielefeld und Herford wurde in Dortmund ein Schiedsspruch gefällt, der eine Lohnsenkung von höchstens 5 Prozent zuläßt. Auch die Akkordstücklöhne dürfen nicht um mehr als diesen Satz gekürzt werden. Dieser Vertrag tritt mit Wirkung vom 23. November in Kraft und ist bis 6. Februar un kündbar. Er kann zu diesem Termin und weiterhin laufend mit einmonatiger Frist zum Monatschluß gekündigt werden. Erklärungsfrist ist auf den 26. November festgesetzt.

Hamburg. Selbstmord eines Futtermittelhändlers. Aus einem Teich auf der Trabrennbahn in Farmsen wurde die Leiche des hiesigen Futtermittelhändlers Alfred Geber geborgen. Geber, der auch Vorstandsmitglied der Trabrennbahn war, hat nach den bisherigen Ermittlungen Selbstmord begangen. Er war seit Wochen leidend und scheint die Tat in einem Anfall von Schwermut begangen zu haben.

Dsnabrück. Die Bahnhofsräuber hantieren. Wie berichtet, wurde vor einigen Tagen auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein Raubüberfall auf einen Postboten versucht, der von der Polizei durch die Aussagen der Frau eines der Beteiligten, die Kenntnis von dem Plan hatte, verhindert werden konnte. Die Räuber, fünf Personen, wurden verhaftet. Nunmehr sind die Täter wieder aus der Haft entlassen worden, und zwar auf Antrag der Staatsanwaltschaft, da es zur Ausführung der Tat nicht gekommen ist und die Ausführung noch nicht begonnen war.

Hildesheim. Find von Militärpatronen. Einige Arbeiter der Groß-Düngener Zuckerrübenfabrik fanden auf dem Anhänger eines Rübenlastzuges ein Paket mit Militärpatronen. Was mit den Patronen bezweckt war, konnte noch nicht festgestellt werden.

Leer. Opfer der Ulmenkrankheit. Wie die Stadt bekannt gibt, werden in verschiedenen hiesigen Straßen mehrere hundert Ulmen auf dem Stamm verkauft. Die Bäume sind von der immer mehr um sich greifenden Ulmenkrankheit befallen, so daß sie beseitigt werden müssen.

Einbeß. Sehn sucht nach dem Bürgermeisteramt. Zu der Bürgermeisterstelle im benachbarten Stadtoldendorf haben sich 135 Bewerber gemeldet, auch der bisherige Bürgermeister Röder hat eine Bewerbung eingereicht. Die Entscheidung liegt in den Händen des Staatskommissars Dr. Floto.

Northheim. Ein Ort in zwei Lager geteilt. — Drohbrieft und Fünftereinwürfe. Die politischen Leidenschaften haben sich im benachbarten Gillerstheim derart zugepunkt, daß sich der ganze Ort in zwei Lager getrennt hat. Auf der einen Seite stehen die Nationalsozialisten mit ihrem starken Anhang, auf der anderen die Marxisten. Die Gegensätze gehen so weit, daß auch die Jugend sich ganz voneinander getrennt hat. Nachdem Ende August hier ein umfangreicher politischer Prozeß durchgeführt werden mußte, bei dem auf empfindliche Freiheitstraßen erkannt wurde, sind die Gegensätze noch gestiegen. Neuerdings wird mit anonymen Drohbrieffen gearbeitet, die bei verschiedenen Ortseingewiesenen eingelaufen sind. Auch der politisch ganz uninteressierte Kanzleisekretär Mundhente erhielt einen solchen Drohbrief, in dem ihm angekündigt wurde, daß sein Anwesen in Flammen aufgehen würde. Am Mitternacht wurden die Fensterscheiben des Hauses von bisher unbekannten gebliebenen Personen eingeworfen. Die Nachforschungen sind im Gange.

Bad Carlshafen. Traurige goldene Hochzeit. Das Ehepaar Schloßhahn konnte sein 50jähriges Ehejubiläum begehen. Einige Tage vorher erkrankte aber die Frau an einer Lungenentzündung, der ihr Körper nicht standhalten vermochte. Am Morgen des goldenen Hochzeitstages starb sie.

Papenburg. Betriebseinstellung bei der Glashütte. Infolge Auftragsmangels hat die hiesige Glashütte ihren Betrieb eingestellt. Dadurch fallen mehr als hundert Arbeiter dem Arbeitsmarkt zur Last.

Herford. Zur Einstellung des Landfriedensbruchprozesses. Der Prozeß, der die Zusammenstöße zwischen Reichsbanner- und SA-Leuten am 11. August zum Gegenstand hatte und elf SA-Leute sowie zehn Reichsbannerangehörige auf der Anklagebank gesehen hätte, kommt, wie schon kurz gemeldet, nicht zur Verhandlung. Die Staatsanwaltschaft beschloß, das Verfahren gemäß § 153 der Strafprozeßordnung einzustellen. Zur Begründung wird angeführt, daß die Schuld der einzelnen Täter geringer erscheine, daß weiter bei dem widersprechenden Ergebnis der Ermittlungen eine Überführung der als Rädelsführer bezeichneten Angeklagten nicht möglich sein dürfte, und daß bei den Gewalttätigkeiten wiederum nicht zu widerlegen sei, daß die Angeklagten in Notwehr gehandelt hätten, da die ersten Anfänge der Schlägereien und die ersten Angreifer nicht festzustellen seien.

Nordenham. Mord an drei Passanten eines Dreizehnjährigen. In Nordenham wurde seit einigen Tagen ein dreizehnjähriger Schüler vermißt. Den Nachforschungen nach seinem Verbleib ist es nunmehr gelungen, ihn bei Verwandten in Ahim wieder aufzufinden. Der Schüler hatte seinem Pflegevater etwa 400 bis 500 Mark aus einem verschlossenen Schreibtisch entwendet. Er hatte das Geld im Hause versteckt, um es jederzeit zur Verfügung zu haben. Von dem gestohlenen Gelde kaufte er Schmuckstücke für verschiedene Mädchen und Freundinnen und spielte auch sonst den großen Herrn. Am Montagmorgen hatte er das Haus verlassen, um sich angeblich zur Schule zu begeben. Offenbar hat er sich von dem restlichen Gelde eine Fahrkarte nach Ahim gekauft und ist dort zu Verwandten gegangen, wo er dann aufgefunden wurde.

Cleve. Im Zwangsversteigerungsverfahren wurde hier das Hotel-Restaurant „Monte Vello“ das von seinem Besitzer für 65 000 Mark erworben worden war, für 5700 Mark versteigert. Die Besetzung hat eine Größe von 11 Morgen mit einem Holzbestand von 5000 Festmetern. Der neue Preis entspricht einem Vortrage von 2,85 Mark je Aute einschließlich Gebäuden und Holz.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 25. November

Selbstmord im Zuge.

München. Im Mühlbacher Zug wurde bei der Nachschau nach Fundstücken in einem Abteil zweiter Klasse der aus Berlin gebürtige Reisende Ernst Grünmacher tot aufgefunden. Er hatte sich durch einen Schuß ins Herz getötet. Der Revolver lag noch in seiner Hand. Wann er den Selbstmord verübt hat, konnte nicht festgestellt werden. In dem Abteil war außer ihm niemand. Man glaubt, daß der kürzlich erfolgte Tod seiner Frau ihn zur Verzweiflung getrieben hat.

Kommunistischer Anschlag auf ein Minendepot?

Büßleth. Regierungsbegleit Stabe. Amittich wird bekanntgegeben: „In Büßleth wurden einige Kommunistenhäuser überholt. Es wurden einige Waffen gefunden. Auf der Eldebrücke bei Harburg wurde ein auf dem Wege nach Büßleth befindlicher Lastkraftwagen angehalten, durchsucht und beschlagnahmt. Die Insassen wurden festgenommen. Auf dem Wagen befand sich eine Anzahl Gewehre, die für Rebhändler bestimmt waren.“ Wie weiter bekannt wird, sollen die Kommunisten einen Anschlag auf das Minendepot in Grauerort geplant haben. Der Politischen Polizei war dieser Plan bereits seit einiger Zeit bekannt. Aus diesem Grunde wurde in der Vorwoche ein Reichswehrkommando zum Schutze des Minendepots nach Grauerort verlegt.

Der verbrannte Kraftwagen.

Düsseldorf. Zur Auffindung des völlig verbrannten Personenkraftwagens, der dem verschwundenen Kaufmann Cromm aus Burscheid gehört, ist noch zu berichten, daß Cromm nicht wie erst angenommen wurde — einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Höchstwahrscheinlich ist er geflohen. Bei dem Kraftwagenbrand dürfte es sich um ein Verschleierungsmanöver handeln.

Die Immunität des Abg. Ladendorff aufgehoben.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Preussischen Landtags beschloß sich mit dem Schreiben des Justizministers über die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Ladendorff (Wirtschaftspartei) wegen Vergehens gegen § 314 des Handelsgesetzbuches sowie wegen etwaiger sonstiger Straftaten, die mit der Tätigkeit Ladendorffs als Vorsitzender des Aufsichtsrats der „Berliner Bank für Handel und Grundbesitz“ in Verbindung stehen. Nach kurzer Beratung entschied sich der Ausschuß für die Erteilung der Genehmigung.

Börse und Handel

Amittliche Berliner Notierungen vom 25. November.

* Devisenbörse. Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 15,44 bis 15,48; holl. Gulden 168,98—169,32; Danz. 81,97—82,13; franz. Franc 16,47—16,51; Schweiz. 81,57—81,73; Belg. 58,49—58,61; Italien 21,68—21,72; schwed. Krone 82,42—82,58; dän. 18,92 bis 82,08; norweg. 81,82—81,98; tschech. 12,46—12,51; österr. Schilling 58,94—59,06; Argentinien 1,063—1,067; Spanien 35,66 bis 35,74.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Statt Karten!

Emil Enneper
Luise Enneper
geb. Strohmeyer

Vermählte

Anschlag, den 27. November 1931.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung des Regierungs-Präsidenten und gemäß Beschluß des Vorsitzenden des Kreisausschusses Altkna vom 18. ds. Mts. wird in der Gemeinde Kierspe vom 1. 4. 1931 an die 3/4-fache Bürgersteuer (250% Zuschlag zum Landesatz) erhoben.

Kierspe, den 25. November 1931.

Der Gemeindevorsteher.

Herren- Burschen- u. Knaben-Anzüge

in allen Größen zu äußersten Preisen empfiehlt:

Hugo Nieding, Halver Berlinerstr. 56.

Wie man es vorbereitet

ist einzig wichtig! Vordenken heißt das Geheimnis, das so vielen Firmen gute Erfolge brachte. Vordenken, vorbereiten — das soll auch Ihre Parola zu Weihnachten sein. Beginnen Sie nicht in letzter Stunde, wenn Sie bessere Erfolge haben wollen. Der einzige Weg: Die Anzeige im

Allgem. Anzeig. Halver
mit seinen Nebenausgaben
für Schalksmühle u. Amt Kierspe.

Die
Mittlerberatungsstunde
findet statt am Mittwoch,
den 2. Dez. 1931, nachm.
2 Uhr in Bollwerk, 3 Uhr
in Kierspe und 4 Uhr
in Kierspe-Vhf.

Kierspe, den 25. Nov. 1931.
Der Gemeindevorsteher.

Darlehen in Hypotheken
ohne Vorkosten durch
A.B. 100 Postl. Evesing i. W
30 Pfg. f. Rückporto beif

Billig! Billig!

**Taschenuhren und
Wecker 3 Mk.**
**Damenuhren mit
Ripsband echt
Gold 18.50 Mk.**
auf alle Uhren 1 Jahr
Garantie.

**Taschenuhren echt
Gold St. 8 Mk.**
Uhrmacher
Brüser, Bollwerk

Der gute
Bohnenkaffee

1/4 Pfd. von 60 Pfg. an
Kaffee Hag
stets frisch bei
Otto Meisterjahn,
Kierspe, Telef. 218.

Vin Samstag morg.
um 8 Uhr bei Tasche
Brügge, 9 Uhr Boll-
werk, 10 Uhr Kierspe-Vhf.
Tannenbaum mit extra
billigen



echt Oldenb. Schweinen
zum Verkauf.
Rämper, Denneking

Miele
Nr. 45

die bekannte
Elektro-Waschmaschine

deren günstiger Preis es
gestattet, in jedem Haushalt
elektrisch zu waschen.

Stromverbrauch am Waschtage 20-30 Pfg.

In den einschlägigen Geschäften zu haben.
Auf Wunsch Ratenzahlung.

Mielewerke A.G.
Größte Waschmaschinen-Fabrik Deutschlands
Gütersloh/Westfalen
Über 2000 Werksangehörige.

Der Lahrer hinkende Bote
1932

0.60 RM.
gebunden 1.40 RM.

vorrätig:

Buchhandlung Wilh. Bell jr.,
Halver.

Empfehle und halte au
Lager vorrätig:
Speise-Kartoffeln
Futter-Kartoffeln
Gelbe

Pferdemöhren
Zuckerrüben
Carl Zimmermann
Ohl-Rönsahl,
Telefon Nr. 11 Rönsahl

Alle
Wollsachen
fertigt an und
repariert
fachmännisch
Gustav Borlinghaus,
Kierspe-Bahnhof,
Wildenkuhlen.

Westdeutscher Rundfunk.

Freitag, den 27. November.

- 6,45—7,00 Leibesübungen. Dr. Ludwig Bach.
- 7,00 Wettervorhersage und Zeitangabe.
- 7,05—8,00 Morgenkonzert.
- 8,00 Wiederholung der Wettervorhersage, Zeitangabe und Wasserstandsmeldungen.
- 9,45—10,00 Gymnastik für Frauen. Hilde Brenius.
- 10,00 Erste Meldungen und Zeitangabe.
- 10,15—11,15 Welt und Leben. Gemeinschafts-empfang für Arbeitslose.
- 11,20—11,50 Schulfunk für die Oberstufe höherer Lehranstalten. Englische Unterhaltung.
- 12,00 Schallplattenkonzert (Grammophonplatten) „Die Stimme meines Herrn“.
- 12,50 Wetterbericht.
- 12,55 Rautener Zeitzeichen, Mittagmeldungen und Zeitangabe.
- 13,05—14,30 Mittagskonzert des Arbeitslosen-Orchesters, Dortmund, Leitung: Hans Salger. Solist: Adolf Erlwein (Tenor).
- 14,30 Funkwerbung mit Schallplatten.
- 15,30 Wirtschaftsmeldungen und Zeitangabe.
- 15,50—16,20 Kindersunde. Elz Bordenbe. Aus unserer Werkstatt.
- 16,20—17,00 Jugendsinf. 1. Wir besuchen Tonkünstler. 2. Josef Breuer: Lernen das Schachspiel. Wie ziehen Springer? — Der Höffelsprung.
- 17,00—18,00 Uebertragung vom Südwestfunk, Frankfurt: Vesperkonzert des Städtischen Sinfonieorchesters Wiesbaden, Leitung: Musikdirektor Hermann Jerner.
- 18,00—18,20 Herbert Altmann: Der Musiker E. A. Hoffmann.
- 18,20—18,40 Das Jugendbuch. Laurenz Kiesgen: Das Bilderbuch der Kleinen.
- 18,40—19,00 Erid Reger: Aus dem Roman „Union der festen Hand“.
- 19,00—19,15 Wetterbericht, Zeitangabe, Wirtschaftsmeldungen und Sportvorbericht.
- 19,15—19,25 Vom Tage.
- 19,30—19,55 Technik für Alle. Dr. Philips: Wissenschaft und Forschung als Grundlage des deutschen Eisenhüttenwesens. (Aus Anlaß der Tagung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute).
- 19,55 Erste Abendmeldungen und Wettervorherage.
- 20,00—20,15 Uebertragung aus New York: Worüber man in Amerika spricht. Kurt G. Sell.
- 20,15 auch über die Sender der Navag, Wien: Vom Hundertsten ins Tausendste. Gustav Jacoby und das kleine Orchester des Westdeutschen Rundfunks, Leitung: Penfis.
- 22,05 Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht.
- Anschließend bis 23,00: Nachtmusik, Leitung: Gysoldt.
- 23,00—24,00 Konzertübertragung aus dem Schwanhof, Köln, Kapellen: Fabian und Bobu T. Sas.